



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 28. Mai 2008
Entsorgungsbetriebe, Besprechungsraum Nr. 142, 1. Stock,
Unterer Zwerchweg 120, 65205 Wiesbaden

Vorsitz :

Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 21/08, 22/08, 23/08)

(Drucksachenband 128)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Nr. Vorlagen Nr. Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

öffentliche Sitzung

0087 Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung wird zunächst über die Tagesordnungspunkte abgestimmt, zu denen keine Beratung gewünscht wird.

Bedenken gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Einstimmig

0088 08-V-03-0007

eGovernment-Vorhaben " Aufbau einer elektronischen Akte bei 51 " ; Zwischenbericht und weitere Vorgehensweise

Einstimmig

0089 07-V-05-0004

Weiterentwicklung der Informationstechnologie - eGovernment-Masterplan 2007-2009 und eGovernment Labor

Die Angelegenheit hat durch die Vorlage 08-V-33-0007 ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

0090 07-V-51-0063

Upgrade von PROSOZ/s auf OPEN/PROSOZ für den Bereich SGB II

Die Angelegenheit hat durch die Vorlage 08-V-33-0007 ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

0091 07-A-19-0006

Steuerung von Schulsanierungsmaßnahmen

Vors. Tollebeek hat die durch die Fachverwaltung zur Verfügung gestellten Gutachten überprüft. Der ausgetauschte Estrich war fehlerhaft und musste erneuert werden. Die Fachverwaltung hat fehlerfrei gehandelt.

Die Angelegenheit hat ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Mai 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
0092	08-V-10-0010	Ortsverwaltung Biebrich - Sanierung 2. OG Einstimmig
0093	08-V-20-0024	Investitionscontrolling 1. Quartal 2008 Einstimmig
0094	08-V-20-0027	Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben Einstimmig
0095	08-V-20-0028	Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben Einstimmig
0096	08-V-66-0318	Frankfurter Straße - Einbau eines Dünnschichtbelages Einstimmig
0097	08-V-08-0005	Bau eines Schulkinderhauses (SchuKi) an der Konrad-Duden-Schule in Wiesbaden-Sonnenberg Einstimmig
0098	08-V-40-0014	Nassauischer Zentralstudienfonds ? IM-Jahresrechnung 2007 Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Mai 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0099 **08-V-40-0016**

Theodor-Fliedner-Schule - Bau der Mensa für den Ganztagsbetrieb -
Einstimmig

0100 **08-V-40-0013**

Erhöhung der Schulbaupauschale 2008; Verwendung des Erhöhungsbetrages
Einstimmig

0101 **08-V-80-2316**

Richtungsentscheidung Städtische Parkhäuser
Einstimmig

0102 **08-V-03-0010**

Zusatzvereinbarung ESWE VersorgungsAG / Wivertis GmbH zum Weittverkehrsnetz
Einstimmig

0104 **08-V-20-0004**

Beteiligungsunternehmen 3. Quartal 07
Einstimmig

0106 **08-V-20-0031**

Beteiligungsunternehmen 4. Quartal 07
Einstimmig

0108 **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die Sitzung am 16.04.2008 wird genehmigt.
Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Mai 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0109 08-F-25-0065

Flyer / Werbemittel der Stadt Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.05.2008 -

Stv. Klüssendorf begründet den Antrag.

Die von Stv. Dr. von Poser eingebrachten Ergänzungen werden durch die Antrag stellenden Fraktionen übernommen.

Einstimmig

0110 08-F-01-0047

Sponsoring des SV Wehen- Wiesbaden durch ELW
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.05.2008 -

Die Antrag stellenden Fraktion erwartet den Bericht zu dem Antrag in der Sitzung im August 2008 (nach der Sommerpause).

Einstimmig

0111 08-F-01-0044

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten - hier: Akteneinsicht
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.04.2008

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass

- die Akteneinsicht voraussichtlich nach der Sommerpause beendet sein wird,
- nach der Sommerpause der Abschlussbericht des Revisionsamtes zur Prüfung der Maßnahme vorliegen wird,
- die bereits erbetene Stellungnahme des Rechtsamtes zu der Baumaßnahme voraussichtlich auch rechtzeitig zur Sitzung des Revisionsausschusses am 13.08.2008 vorliegen wird und dann über weitere geeignete Maßnahmen entschieden werden wird.

Einstimmig

0112 08-A-19-0004

Internationales Meeting of Styles

Zu diesem Punkt ist Herr Jäger (Pers. Referent Sozialdezernat) anwesend.
Es wird ausgiebig darüber diskutiert, welcher Sachstand dafür zu Grunde liegt, dass städtische Mittel für das internationale Meeting of Styles eingesetzt werden.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Beschlusslage sei lt. Vors. Tollebeek eindeutig, dass keine Sprayeraktionen seitens der LHW gefördert werden sollen. Hier gäbe es auch keine Interpretationsmöglichkeiten. Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit habe im November 2007 den Magistrat gebeten, ein Aktionsprogramm gegen illegale Sprayaktionen aufzulegen. In diesem Antrag wird außerdem ausdrücklich festgelegt, dass keine gezielte und unmittelbare Unterstützung von Spray-Aktivitäten durch die LHW zu gewähren sind.

Es musste allerdings festgestellt werden, dass dieser Beschluss nicht an das Sozialdezernat weitergeleitet wurde. Adressat war vielmehr Dezernat VII (Einwohner- / Integration, Recht) in Verbindung mit Dezernat V (Umwelt, Hochbau u.a.).

Die Veranstaltung Meeting of Styles wird auf Antrag des Ortsbeirates AKK vom Sozialdezernat mit 5.000 € unterstützt.

Der Ausschuss diskutierte ausgiebig, welche Möglichkeiten bestehen, gegen Sprayaktionen vorzugehen, sieht allerdings hier nicht seine direkte Zuständigkeit.

Es wurde des Weiteren diskutiert, ob legale Sprayaktionen illegale Dinge nach sich ziehen.

Der Ausschuss war sich darüber einig, dass der Magistrat aufzufordern ist sicherzustellen, dass Beschlüsse zukünftig an alle beteiligten bzw. zuständigen Dezernate weiter zu leiten sind.

Die Aufforderung an den Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit, seinen Beschluss zu konkretisieren (Rücküberweisung) trägt Stv. Schäfer nicht mit.

Aufforderung an Magistrat einstimmig, Rücküberweisung an Um/Sau gegen Stv. Schäfer (SPD)

0113 07-V-51-0004

Allgemeine Sozialverwaltung; Mehrkosten für Porto und Druckaufträge

Herr Jäger ist auch zu diesem Punkt anwesend.

Vors. Tollebeek fragt nach, wo denn die angekündigten Einsparungen zu finden seien. Es sollte nach seinem Kenntnisstand durch Beauftragung des Druckcenters zu Einsparungen kommen.

Herr Jäger berichtet davon, dass es sich evtl. um ein Missverständnis handeln könnte. Allein für den KiTa-Bereich mussten übergreifende Infos gedruckt werden, die zu Mehrkosten geführt haben. Man ging damals davon aus, dass die Druckkosten im Druckcenter wirtschaftlicher seien. Man habe keine eigenen Geräte angeschafft. Die ursprünglich erwartete Reduzierung von Arbeitsplatzausdrucken konnte ebenfalls nicht erreicht werden, da der Ausbau von SGB XII zeitgleich anlief und eine erhebliche Anzahl von Bescheiden gedruckt werden musste.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass der Titel der Vorlage einfach falsch gewählt worden sei und erwartet in Zukunft eine klarere Darstellung schon in der Bezeichnung der Vorlage.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Die Angelegenheit hat für den Ausschuss ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

0114 **08-V-03-0009**

Politisches Informationssystem Wiesbaden (PiWi); Bericht über Optimierungsmöglichkeiten und Beschlussfassung über notwendige Reimplementierung des Systems

Vors. Tollebeek zitiert aus der Bezeichnung der Vorlage - es soll sich u. a. um einen Bericht zu Optimierungsmöglichkeiten handeln, was nach seiner Auffassung so nicht zutrifft. Seit 2001 würde man sich mit PiWi beschäftigen. Es müsste grundsätzlich festgelegt werden, wie viel Information man mit welcher Qualität haben wolle.

Er hält den Ältestenausschuss für den richtigen Ansprechpartner in diesem Bereich der politischen Willensbildung.

Er schlägt vor, dass der Revisionsausschuss die Vorlage lediglich zur Kenntnis nimmt und die eigentliche Entscheidung im Ältestenausschuss gefällt werden muss, wie ganz allgemein zukünftig mit PiWi umgegangen werden soll. Der Ältestenausschuss habe sich auch in der Vergangenheit mit dem Thema intensiv auseinandergesetzt.

Stv. Dr. Goßmann schließt sich dem Vorschlag von Vors. Tollebeek an, möchte aber gleichzeitig Auskunft darüber erhalten, welche Gesamtstrategie mit Folgekosten von Seiten der Verwaltung zukünftig bei PiWi angedacht ist.

Verschiedene Stimmen werden im Ausschuss laut, dass man von Optimierung nicht sprechen könne, dass man im System (PiWi) nichts finden würde und man sich fragen würde, warum da noch Mittel zugesetzt werden sollten.

Stv. Sommer weist auf ein Pflichtenheft hin, in dem schon vor Jahren zusätzliche Funktionen beschrieben worden seien, was aber bisher nicht umgesetzt worden sei.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Vorlage inhaltlich nicht zu behandeln und dies dem Ältestenausschuss zu überlassen.

Einstimmig

0115 **Verschiedenes**

Herr Löber (Revisionsamt) kündigt für die Sitzung des Ausschusses nach der Sommerpause einen Bericht zum Prüfauftrag Rhein-Main-Halle an. Eine frühere Berichterstattung sei nicht möglich gewesen, da die Prioritäten auf die Sanierung der Russischen Kapelle hätten gelegt werden müssen.

Einstimmig

Ab 18.30 Uhr tagt der Ausschuss in nicht öffentlicher Sitzung weiter.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die unter den nachstehend aufgeführten Beschlussnummern 124 und 125 Anträge zu Gebrauchtfahrzeugen werden gemeinsam beraten. Eine Abstimmung und Ergebniszusammenfassung erfolgt unter Vorlage Nr. 07-F-25-0093.

0124 07-F-22-0002

Gebrauchtfahrzeuge
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

Einstimmig

0125 07-F-25-0093

Gebrauchtfahrzeuge
- Dringlichkeitsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 04.09.2007 -

Zum Thema Gebrauchtfahrzeuge ist Herr Langanki (Personal- und Organisationsamt) anwesend.

Vors. Tollebeek fragt nach dem Stand des Konzeptes, dass das Personalamt zu einer anderen Anbindung der Verkäufe von städtischen Gebrauchtfahrzeugen vorlegen sollte.

Herr Langanki berichtet, dass angedacht sei, die Verkäufe bei der Berufsfeuerwehr Wiesbaden anzusiedeln. Hier gäbe es eine fachliche Nähe. Die Feuerwehr würde heute schon die Verkäufe ihrer Fahrzeuge und Maschinen allein tätigen und sich dazu der Fäbag (bundeseigene Treuhandgesellschaft) bedienen. Die Fäbag würde auch scherzhaft das Ebay Steinbrücks genannt und man hätte durchweg positive Erfahrungen mit dieser Einrichtung gesammelt. Jährlich würden ca. 30.000 Lose durch den Bundesrechnungshof geprüft, von denen ca. 10.000 Fahrzeugverkäufe beinhalteten - ohne eine Beanstandung, kein Korruptionsverdacht und das seit ca. 60 Jahren.

Die Fäbag bietet weltweit über internet die Fahrzeuge und andere Gegenstände als sog. Rundum-Sorglos-Paket an.

Bei der Berufsfeuerwehr seien zudem Feuerwehr dienstuntaugliche Feuerwehrleute eingesetzt, die bei den Fahrzeugverkäufen evtl. ein neues Betätigungsfeld finden könnten.

Vors. Tollebeek fragt nach, ob es denn nötig sei, evtl. neue Stellen für die Fahrzeugverkäufe zu schaffen oder ob das vorhandene Personal ausreiche.

Im Moment kann diese Frage noch nicht beantwortet werden. Sollte aber zu einem späteren Zeitpunkt feststehen, dass zusätzliches Personal benötigt wird, sichert der Revisionsausschuss seine Unterstützung zu.

Nach der Sommerpause wird das Personal- und Organisationsamt eine ausführliche Vorlage zum angedachten Konzept vorlegen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Ausschuss legt besonderen Wert darauf, dass die Fahrzeugverkäufe auch in der Zwischenzeit (bis zum Übergang auf die Berufsfeuerwehr) nicht mehr bei ELW getätigt werden., sondern ab sofort über die Fäbag abgewickelt werden.

Herr Langanki kündigt des weiteren an, dass nach einer gewissen Beobachtungsphase, evtl. schon zum Jahresende, ein endgültiges Konzept vorgelegt werden kann.

Einstimmig

0126 07-F-07-0036

Bewirtschaftung der Erlebnismulde auf dem Neroberg
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 29.08.2007 -

Die von Seiten der Verwaltung vorgelegten schriftlichen Berichte zu den Pachtverhältnissen der LHW ganz allgemein werden zur Kenntnis genommen (Stadträtin Thies vom 26.04.08 und Stadtrat Bendel vom 08.05.08).

Das Sozialdezernat hat bisher keinen Bericht vorgelegt. Dieser wird per Beschluss angefordert.

Frau Stadträtin Thies ist zum Punkt Erlebnismulde anwesend. Sie berichtet, dass die LHW keine Handhabe gegenüber Herrn Wagner (Pächter der Erlebnismulde) habe. Zwar sollen 10 % des Umsatzes an die LHW abgeführt werden. Der Pächter könne aber in der Regel behaupten, dass die Veranstaltung gar nicht in der Erlebnismulde stattgefunden habe, sondern habe z.B. eigene Bestuhlung zur Verfügung gestellt. In der kommenden Woche findet ein Termin mit Herrn Muth (Leiter des Rechtsamtes) zur Klärung der vertraglichen Angelegenheiten statt.

Der Ausschuss bittet Frau Stadträtin Thies, nach der Sommerpause über die Stellungnahme des Rechtsamtes zu berichten.

Einstimmig

0127 07-A-19-0013

Sanierung der Russischen Kapelle - üpl-Mittel

Herr Löber berichtet, dass der Abschlussbericht noch nicht vorliegt, da die Maßnahme noch nicht komplett schlussgerechnet ist.

Des Weiteren steht eine Stellungnahme des Rechtsamtes zur Tätigkeit des Architekten bzw. zu möglichen Regressforderungen aus.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass mittlerweile klar ist, wie die notwendig gewordene Goldmenge zu Stande kam - ein echter Schaden ist der LHW nicht entstanden. Ziel sei es aber, auf jeden Fall einen Großteil des zusätzlich investierten Geldes von dem Architekten zurückzufordern.

Er stellt aber auch klar, dass es aus Sicht des Hochbauamtes richtig war, den dort tätigen Architekten mit der Baumaßnahme zu beauftragen, da dieser über langjährige Erfahrung

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

mit Umbaumaßnahmen an der Kapelle aufweisen konnte. Niemand hätte ernsthaft nach einem anderen Architekten gesucht.

Die Versäumnisse liegen ganz klar beim Architekten, nicht beim Fachamt.

Stadträtin Thies bestätigt die Auffassung von Vors. Tollebeek, verteidigt den Architekten aber dahingehend, dass er sich bereit erklärt hat, schon vor Vertragsabschluss tätig zu werden, was ein anderer Architekt sicher nicht getan hätte. Er wusste von vorneherein, dass es zeitlich sehr eng werden würde, hat aber den Auftrag trotzdem übernommen. Man sollte auch bedenken, dass man vielleicht zukünftig keine guten Leute mehr für städtische Aufträge bekommt, wenn man jetzt Rückforderungsansprüche zu sehr überzieht.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass in Wiesbaden 1.400 Architekten tätig sind, sieht aber gerade in diesem Projekt eine Ausnahme.

Der Ausschuss ist sich einig, dass nach Abschluss der Akteneinsicht keine Presseberichterstattung erfolgen soll. Es werde lediglich sachlich über den Abschluss der Akteneinsicht im Stadtparlament berichtet.

Nach Mitteilung von Herrn Löber hat der Architekt bisher 20.000 Euro Honorar erhalten. Dies ist noch nicht der vorgesehene Gesamtbetrag, da die Schlussrechnung noch aussteht.

Nach Auffassung von Vors. Tollebeek dürfte es kein Problem sein, den Architekten abschließend zu bezahlen, wenn es zu einer Einigung zwischen Architekt und LHW kommen sollte.

Frau Darge (Hochbauamt) berichtet, dass ihr Fachbereich alle Unterlagen des Gerüstbauers angefordert habe, denn es würde nicht nur die mangelnde Information geklagt, sondern die gesamte Statik hätte Mängel aufgewiesen.

Nach der Sommerpause wird das Thema erneut im Ausschuss behandelt. Bis dahin sollten sowohl die Stellungnahme des Rechtsamtes als auch der Abschlussbericht des Revisions-amtes vorliegen.

Einstimmig

0128 **08-V-41-0006**

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten

Die Sitzungsvorlage wird erst nach Beendigung der Akteneinsicht bzw. nach Vorliegen des Abschlussberichtes des Revisionsamtes beschlossen.

Einstimmig

0129 **08-A-19-0002**

Verpachtung städt. Jagdbezirke

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Zu diesem Punkt sind Frau Stadträtin Thies und Frau Rippelbeck anwesend.

Der heute als Tischvorlage eingebrachte Bericht des Revisionsamtes gilt als eingebracht und wird in der Ausschusssitzung am 13.08.2008 beraten.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek wird durch den Fachbereich klar gestellt, dass es in Wiesbaden keine Verwaltungsjagd mehr gibt.

Stadträtin Thies fragt nach, wo das Interesse des Ausschusses liege, ob finanzpolitische Interessen im Vordergrund stünden. Man müsse überlegen, was überhaupt an Pacht erzielt werden könne. Zu bedenken sei weiterhin, dass man Pächter nicht nur nach finanziellen Interessen aussuchen sollte, vor allem, wenn sie von außerhalb kommen. Die Stadt sei daran interessiert, Pächter zu haben, die sich auch um ihren Jagdbezirk kümmern.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass es zukünftig keine Verpachtung mehr in alter Form geben wird. Die Verpachtung soll nur noch über die Verdingungsstelle der LHW abgewickelt werden.

Besonders ärgerlich ist die erneute Verpachtung der Jagdbezirke Naurod I und II, da lediglich durch einen Aushang auf die Neuvergabe hingewiesen wurde. Es gab keine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, sich zu bewerben o. ä., da die Aushänge lediglich in Naurod angebracht wurden. Hier wäre es Aufgabe der Ortsverwaltung gewesen, ein Signal zu geben.

Der Vorsitzende erwartet zur nächsten Ausschusssitzung eine rechtliche Stellungnahme dazu, ob und unter welchen Bedingungen alle Jagdpachten durch die Stadt Wiesbaden kündbar sind. Dabei soll die Kündbarkeit insbesondere der Jagdbezirke Naurod I und II geprüft werden. Frau Stadträtin Thies wird diese Stellungnahmen beauftragen. Vorher sollen Gespräche zwischen Herrn Muth (Rechtsamt) und Herrn Löber (Revisionsamt) stattfinden. Der Vorsitzende wird dies durch ein Telefongespräch mit Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz anstoßen.

Vors. Tollebeek schlägt vor, den Magistrat um die Namen der Vorstandsmitglieder der Jagdgenossenschaft Naurod I und II zu bitten.

Einstimmig

0130 **07-A-19-0014**

Revisionsamt

Vors. Tollebeek informiert den Ausschuss darüber, dass auf die öffentlich ausgeschriebene Amtsleitungsstelle zahlreiche Bewerbungen eingegangen sind. Mit einer zeitnahen Entscheidung sei zu rechnen.

Einstimmig

0131 **07-A-19-0017**

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. Mai 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Gutachten und Beratungsleistungen

Die schriftlichen Berichte des Magistrats (Zusammenstellung Dezernat I/20 vom 09.05.08 und Dezernat IV vom 15.05.08) werden zur Kenntnis genommen.

Der Magistrat wird per Beschluss aufgefordert, die noch ausstehenden Berichte zu den Nachfragen des Ausschusses aus der letzten Sitzung schnellstmöglich nachzureichen.

Einstimmig

0132 Verschiedenes

Stv. Dr. Goßmann berichtet kurz über die Aufsichtsratssitzung der Mainzer Wohnbau.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .08.2008

Vorsitzender

Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Reitz

Koba